

24. Januar 1971: Gespräch des Ersten Sekretärs der Botschaft der UdSSR in der DDR, Ju. S. Žarov, mit dem Staatssekretär für Westdeutsche Fragen, J. Herrmann*

Geheim. Expl. Nr. 3

Ich hatte ein persönliches Treffen mit J. Herrmann. Im Gespräch waren folgende Punkte von Interesse.

1. Gemeinsam mit anderen Genossen hat J. Herrmann an der Ausarbeitung der Arbeitsmaterialien für das Politbüro des ZK der SED für das Treffen mit der Führung der DKP am 25. Januar d. J. teilgenommen. Das Material wurde gebilligt und als Gesprächsgrundlage herangezogen. Der Gesprächspartner berichtete über die grundlegenden Bestimmungen des Dokuments und nahm diesbezüglich zu einer Reihe von Überlegungen Stellung.

Laut dem ZK der SED biete die derzeitige Lage den westdeutschen Kommunisten günstige Voraussetzungen für eine Stärkung ihrer Positionen und für die Ausarbeitung eines klaren, konstruktiven und perspektivreichen Programms im Kampf für die sozialen und politischen Interessen der Werktätigen der BRD. Die DKP könne davon ausgehen, dass sich die Machtverhältnisse in Europa zugunsten des Sozialismus entwickeln, was sich zwangsweise im Kurs und in der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD widerspiegeln müsse. Die offensive Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder sowie der dadurch verursachte Prozess einer Differenzierung würden die Möglichkeit für politische Aktivitäten der Partei und für die Effektivität ihrer Arbeit erhöhen. Es sei beabsichtigt gewesen, die Bitte vorzubringen, die Tätigkeiten zur Verdeutlichung des Kurses der SED in Richtung einer vollständigen und endgültigen Abgrenzung der DDR von der BRD nach sozial-wirtschaftlichen und klassenbezogenen Parametern zu intensivieren.

In den Materialien sei betont worden, dass die DKP laut dem ZK der SED die Ausarbeitung ihrer Linie unter Berücksichtigung der objektiven Bedürfnisse der Arbeiterklasse der BRD fortsetzen und dem Nationalismus mit seiner Hauptthese über „besondere innerdeutsche Beziehungen“ keinerlei Zugeständnisse machen dürfe. Es sei auch die Meinung vertreten worden, der Imperialismus versuche, die wissenschaftlich-technische Revolution für seine eigenen politischen Ziele zu nutzen, die die Arbeiterklasse mit einer Reihe neuer gesellschaftspolitischer und ideologischer Probleme konfrontiere, die es unbedingt zu beantworten gelte. Das ZK der SED gehe davon aus, dass sich im Jahre 1971 in der BRD die Gegensätze sowohl auf wirtschaftlichem und sozialem als auch auf außenpolitischem Gebiet zuspitzen werden. Daher sei es im Zuge der Vorbereitung des für Jahresende anberaumten Parteitags der DKP wichtig, eine klare und perspektivenreiche Linie der Partei zu diesen Fragen zu erarbeiten. Neben dem Kampf für die Lösung konkreter aktueller Probleme (Erhöhung der Gehälter, Senkung der Mieten, Sicherung der Arbeitsplätze u. a.) gelte es, die Einstellung gegenüber wichtigen politisch-wirtschaftlichen Fragen zu definieren. Dies sei deshalb besonders wichtig, weil die herrschenden Bonner Kreise ihre Wirtschaftspolitik eng mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Landes verbinden würden. Die Freunde seien der Meinung, dass es im Kampf zur Umsetzung interner Reformen notwendig sei, sich auf jene Probleme zu konzentrieren, die in vordringlicher Art und Weise die Interessen der Bevölkerung und dabei vor allem der Arbeiter und der Jugend betreffen (z. B. Fragen einer Beteiligung an den Unternehmensleitungen, Arbeitergesetzgebung, Bildung und Fachqualifikation der arbeitenden Jugend u. a.).

Im Zuge der Vorbereitungen für den Parteitag könnte die DKP, nach Meinung der Freunde, ein alternatives Dokument zur zukünftigen Entwicklung der BRD präsentieren, das bei den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten zweifellos Interesse hervorrufen würde.

Laut dem ZK der SED müsse die DKP auf dem Gebiet der Außenpolitik den Kampf für eine konstruktive Politik der BRD zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit intensivieren. Dies

* RGANI F.5, op. 63, d. 621, S. 30–36. – Aus dem Dienstagebuch von Ju. S. Žarov. Nr. 166/DDR. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 06726, 10. Februar 1971, obliegt der Rückgabe in die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs. vermerkt: „Ins Archiv, [Unterschrift unleserlich], 5. März 1971.“

würde eine Ausübung stärkeren Drucks auf Bonn in der Frage der Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen ermöglichen und zu einer engagierteren Haltung der Arbeiter zu diesen Fragen führen.

J. Herrmann betonte, dass die DKP seiner Meinung nach längerfristig nur über eine maximale Vergrößerung und Stabilisierung ihrer Reihen einen erfolgreichen Kampf führen könne. Eine politische, ideologische und organisatorische Stärkung der DKP und das aktive Betreiben einer unabhängigen kommunistischen Politik würden seiner Überzeugung nach den zentralen Faktor bei einer möglichen Veränderung des Kräfteverhältnisses in der BRD und die erforderlichen Voraussetzungen für eine Vereinigung der demokratischen und sozialistischen Kräfte darstellen. Dafür sei es notwendig, mit allen Mitteln nach einem Entstehen einer breiten Bewegung von Arbeitern, Jugendlichen und Bauern zur Wahrung von deren grundlegenden Interessen zu streben. Die SPD versuche, die Initiative an sich zu reißen und mittels Zugeständnissen und kleinen Geschenken ein Anwachsen der demokratischen Bewegung zu verhindern und deren Forderungen zur Hälfte und von oben herab zu entsprechen. Ein Druck von unten würde den demagogischen Charakter und den Klassencharakter der Politik der SPD und ihrer Regierung offenlegen. Laut Aussagen des Gesprächspartners wurden diese Thesen auch in dem erwähnten Dokument dargelegt.

J. Herrmann sagte weiters, dass es nach Meinung der DKP überaus wichtig wäre, ihre Position zu den wichtigsten politischen Fragen der Entwicklung der BRD klar und prinzipiell darzulegen und eine einheitliche und umfassende Verdeutlichung und Umsetzung der Linie in Bezug auf diese Fragen sicherzustellen. Gegenwärtig reiche es nicht aus, nur gegen etwas zu kämpfen, sondern es sei erforderlich, für etwas zu kämpfen, betonte der Gesprächspartner. Es müsse gezeigt werden, dass die Arbeiterklasse und andere Bevölkerungsschichten der BRD die Kommunistische Partei zur Umsetzung ihrer Ziele brauchen. Dafür seien zielgerichtete und auf einen langfristigen Zeitraum abzielende Aktivitäten erforderlich. Dabei müsse sich die Antwort der DKP auf die aktuellen Fragen von der Reaktion und Position der anderen Parteien und politischen Gruppierungen qualitativ unterscheiden. Um die Basis der Partei zu vergrößern, müsse man unbedingt in die Gewerkschaften gehen. Ohne Kritik und eine tiefgehende Analyse der demagogischen Parolen und Argumente der SPD-Führung könnten die westdeutschen Kommunisten wohl kaum die Aufmerksamkeit der Arbeiter und der anderen Schichten auf ihr Programm lenken.

Nach den Worten J. Herrmanns hätten die Freunde beabsichtigt, der DKP-Führung zu empfehlen, den politischen Kampf während der Wahlkampagnen zu intensivieren und die Arbeiter und Gewerkschaften eindringlich auf die Wichtigkeit einer Präsenz kommunistischer Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen hinzuweisen. Es sei auch beschlossen worden, die DKP solle offen und klar erklären, dass sie sozialistische Ziele verfolge, dass sie als revolutionäre Arbeiterpartei nicht für Verbesserungen, sondern für eine prinzipiell neue gesellschaftliche Entwicklung der BRD kämpfe, welche es nur unter den Bedingungen des Sozialismus geben könne. Nicht ausreichend klare und sich häufig ändernde Erklärungen und Erläuterungen der Ziele könnten dem Ansehen der Partei schaden und die Arbeiterklasse daran hindern, die Ziele der Partei zu erkennen. J. Herrmann meint, dass ein Beispiel für die DKP in diesem Sinne die Kommunistische Partei der USA sein könnte.

Das für das Gespräch vorbereitete Material enthielt weiters eine Empfehlung an die DKP, eine umfassendere und effektivere Aufklärungsarbeit zur Entwicklung und Politik der Sowjetunion zu betreiben, um den Einfluss des Antisowjetismus in der BRD zu verringern.

Eine große Bedeutung komme auch einer klar formulierten und gründlich argumentierten Stellungnahme über die Einstellung der DKP gegenüber der DDR zu, sagte J. Herrmann. Der Kampf für die Herstellung international-rechtlicher Beziehungen mit der DDR diene der Sicherung des Friedens auf dem europäischen Kontinent und entspreche den Interessen der Bevölkerung der BRD. Ohne ein offenes und konsequentes Auftreten gegen die Politik der „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ könne man in Unterstützung des Kurses der SED in Richtung einer vollständigen Abgrenzung keinen effektiven Kampf gegen den Nationalismus in der BRD

führen. Es sei wichtig, aktiver für die Freundschaft der Arbeiterklasse der BRD und der DDR einzutreten.

J. Herrmann ist der Meinung, dass die DKP einen unerbittlichen Kampf mit der sozialdemokratischen Ideologie führen müsse. Die unlängst von der SPD verabschiedeten antikommunistischen Dokumente würden de facto einem offenen Aufruf zum Kampf gegen die Kommunisten in der BRD und gegen die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung gleichkommen. Unter diesen Bedingungen gelte es, die ideologische Front des Kampfes deutlicher zu definieren und am Beispiel historischer Fakten die Gefahr einer solchen Politik für eine Spaltung der Arbeiterklasse aufzuzeigen. Man müsse nach einem geeinten Vorgehen mit den linken Sozialdemokraten streben, um die Politik der rechten SPD-Führung zu neutralisieren.

J. Herrmann ist der Meinung, dass die DKP angesichts der Zuspitzung des ideologischen Kampfes zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus die marxistisch-leninistische Propaganda verstärken und einen offenen, prinzipiellen Disput mit den verschiedenen Erscheinungsformen der bourgeoisen Ideologie und dabei insbesondere mit dem Sozialdemokratismus beginnen müsse. Dazu sei es wichtig, die Kräfte auf diejenigen Fragen zu fokussieren, deren Antworten für eine Stärkung der Positionen der Partei und für einen wirksamen Kampf gegen die sozialdemokratische Ideen unerlässlich seien (darunter fielen der Kampf gegen den Antikommunismus und den reaktionären Charakter des imperialistischen Systems, gegen unterschiedliche Positionen in Fragen des Eigentums an Produktionsmitteln, gegen die Macht und Demokratie u. a.).

In den Vorschlägen für das Gespräch mit der Führung der DKP wurde weiters empfohlen, dass die DKP in den kommenden Jahren die Aktivitäten zur Erhöhung ihrer Mitgliederzahl, für eine marxistisch-leninistische Schulung der Parteimitglieder und für eine organisatorische Stärkung der unteren Parteiorganisationen intensivieren müsse, ohne dabei auf die massenpolitische Arbeit zu vergessen.

J. Herrmann ist der Meinung, dass ein Rückhalt der DKP im linken Flügel der SPD liege. Außerdem sagte er, dass die DKP ohne politisch geschulte und standhafte Kader ihre eigenen Aufgaben nicht werde erfüllen können. Daher müsse man auch diesen Arbeitsbereich im Fokus haben.

2. J. Herrmann berichtete, dass er sich unlängst mit dem Vorstandsvorsitzenden der SED-Westberlin, Gen. G. Danelius, getroffen habe. Man habe im Zusammenhang mit der im März d. J. bevorstehenden Wahl zum Abgeordnetenhaus eine gemeinsame, an die Wähler gerichtete Parteireden vorbereitet. Um eine Sperrklausel in der Höhe von 5 % zu erreichen, müsse die SED-Westberlin (je nach Wahlbeteiligung) 72.000 bis 75.000 Wählerstimmen erhalten. Bislang habe sie etwas mehr als die Hälfte davon erhalten. Die Westberliner Genossen würden sich keinen besonderen Illusionen hingeben, merkte J. Herrmann an, doch er schließe die Möglichkeit nicht aus, dass sie dieses Mal die Sperrklausel in der Höhe von 5 % überwinden könnten. J. Herrmann sagte, dass er im Sinne der oben dargelegten Empfehlungen der DKP eine Reihe von Überlegungen über das Vorgehen der SED-Westberlin geäußert habe.

3. J. Herrmann erwähnte, dass ihnen [der DKP] die sogenannten Materialien zu W. Brandts Rede „Zur Lage der Nation 1971“, die als Anlage dem Bundestag und Bundesrat übergeben und danach zur Entfaltung der nächsten Verleumdungskampagne gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten verwendet würden, bereits zur Verfügung stünden. Eine erste Sichtung dieser Materialien zeige, dass es sich dabei um eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR handle. Unter dem Deckmantel sogenannter wissenschaftlicher Vergleiche gebe Bonn eine offizielle Einschätzung der Entwicklung eines anderen Staates ab. Dies sei ein neuer Beweis für die völkerrechtswidrige Haltung der Regierung der BRD gegenüber der souveränen DDR. Ich finde, betonte J. Herrmann, dass diese Maßnahme Bonns dem Geist und Buchstaben des Vertrages zwischen der BRD und der UdSSR widerspreche.

Bei den Materialien zur Rede „Zur Lage der Nation“, sagte J. Herrmann weiter, handle es sich um einen nationalistischen und revanchistischen Akt gegen die DDR. Entsprechend der strategischen Hauptlinie des Imperialismus der BRD gegen die DDR sind diese Materialien dazu angehtan, die These über die „Bewahrung der Einheit der deutschen Nation“ zu untermauern. Die Tat-

sache, dass die Einführung zu den Materialien vom Minister für Innerdeutsche Beziehungen, Franke, verfasst wurde, bestätige deren offiziellen Charakter. In seiner Einführung spreche Franke von „zwei Teilen einer Nation“, von „zwei Staaten einer Nation“, von „zwei Staaten in Deutschland“, von „beiden Teilen Deutschlands“ u. a. De facto stellten diese Materialien eine Verdeutlichung und Ergänzung zu den von W. Brandt in Kassel präsentierten 20 Punkten dar, deren Inhalt sich auf Forderungen über die Herstellung „besonderer Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands“ beschränke.

J. Herrmann äußerte die Meinung, dass die Materialien zu W. Brandts Rede ein Zeugnis der bisherigen Bonner Politik – ein Absorbieren der DDR im Geiste modifizierter „grauer Pläne“ – abgeben würden. Es sei kein Zufall, dass man in den Materialien auf die Pariser Verträge und den sogenannten Deutschlandvertrag verweise, in dem die aggressive Expansionspolitik der BRD am deutlichsten dargelegt werde (Art.7).

Einen besonders provokativen Charakter, so Herrmann weiter, würden die Bestimmungen bezüglich Westberlin tragen. Franke spreche über „erweiterte Beziehungen zwischen der BRD und DDR“. Westberlin finde Eingang in die Statistiken der BRD und bildet mit dieser eine „statistisch-geographische Einheit“.

Die BRD, setzte J. Herrmann fort, versichere in diesen Materialien der NATO ihre Treue und erachte den Pakt als Grundlage für die Gestaltung ihrer Ostpolitik. In den Materialien würden die Lage in der DDR, ihre Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verzerrt dargestellt werden. Es sei in ihnen wieder die Rede von der berüchtigten These über die „Brežnev-Doktrin“, von Aussagen über das Bemühen der UdSSR um die Erlangung einer „Vorherrschaft“, von der Lüge über die Gefahr aus dem Osten, von Spekulationen über den sogenannten Prozess der Erneuerung, von einem demokratischen Sozialismus, von einer Pervertierung der Politik der DDR gegenüber den Entwicklungsländern u. a. auf.

Zu den Autoren der Materialien würden laut J. Herrmanns Informationen viele Mitarbeiter des sogenannten Forschungsbeirates für die Fragen der Wiedervereinigung und dessen Zweigstellen gehören, deren programmatische Ausrichtung allen bekannt sei. Der Gesprächspartner sagte, dass sein Staatssekretariat eine Stellungnahme zu den Materialien vorbereite, die entsprechend seiner Einschätzung zurückgehalten werde.

4. J. Herrmann äußerte die Meinung, dass über die Frage eines möglichen Regierungswechsels in Bonn aller Voraussicht nach bei der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1973 entschieden werde. Die CDU/CSU sei noch nicht in der Lage, ihren krisenhaften Zustand hinter sich zu lassen und auf einen alternativen, der gegenwärtigen Lage auf der Welt und in der BRD entsprechenden Kurs umzuschwenken. Die Frage über den Parteivorsitzenden sei nicht geklärt. Der Gesprächspartner ist der Meinung, dass die an Schröder ergangene Einladung zu einem Moskau-besuch ein exzellenter Schritt für eine weitere Aufsplitterung der Kräfte in der CDU gewesen sei. Außerdem werde die Reise Schröders wohl entsprechenden Einfluss auf Brandts Position einschließlich der Frage der Ratifizierung des Vertrages haben.

5. J. Herrmann sagte, dass er oft das ZK der SED aufsuchen müsse, um sich an der Vorbereitung unterschiedlicher Materialien zum VIII. SED-Parteitag zu beteiligen. Aus den Gesprächen und am Verhalten vieler Genossen sei erkennbar, dass gewisse Schwierigkeiten in der Parteiführung eine schnelle und konstruktive Lösung vieler grundsätzlicher Fragen der Entwicklung der DDR behindern würden. Es sei verständlich gewesen, dass die Bemühungen des Apparats oft nicht auf die Suche nach effektiven und prinzipiellen Lösungen, sondern auf Diskussionen rund um die bereits vom 14. Plenum des ZK der SED abgelehnten Parolen und Konzepte fokussiert wären. In einer solchen Situation sei es schwierig, einen Parteitag vorzubereiten, merkte J. Herrmann an. So etwa müsse J. Herrmann bei seinen Treffen mit dem ersten Berater Gen. W. Ulbrichts, dem Gesandten Kegel, der allen Arbeitsgruppen für die Ausarbeitung zukunftsweisender Dokumente der SED angehört (darunter der Gruppe für strategische Planung, der Gruppe für Planung der Außenpolitik), stets „Auseinandersetzungen“ über Fragen „austragen“, die vom 14. Plenum des ZK und Politbüros des ZK der SED bereits gelöst worden seien. Ein Beispiel dafür seien die Diskussionen rund um die Aktivitäten über die Erstellung von unter der

Leitung von Kegel ausgearbeiteten Prognosen für die Außenpolitik und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der DDR bis zum Jahre 1980. Darin seien Forderungen, eine Politik für alle sozialistischen Staaten zu erarbeiten, Wege der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit zu definieren und sogar der Sowjetunion Ratschläge zu erteilen. Unlängst habe Kegel den Stellvertreter von J. Herrmann zu sich geladen und gesagt, dass das vom Staatssekretariat erarbeitete Dokument „Die BRD im Klassenkampf unserer Zeit“ ergänzt werden müsse. Dabei habe er empfohlen, die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kampf zwischen den beiden Systemen stärker zu akzentuieren. Es sei bekannt, sagte Kegel, dass die DDR „sowohl im RGW als auch in Moskau diesbezüglich stets beharrlichen Druck ausübte“. Nun würden auch dort zunehmend Formulierungen verwendet, die unseren naheständen. Kegel habe auch den Rat erteilt, die Kritik an den Sozialdemokraten abzumildern, indem er darauf verwies, dass der Begriff „Sozialdemokratie“ aus „sozial“ und „Demokratie“ bestehe, was für sich genommen etwas Positives bedeute.

Ju. Žarov¹

¹ Hs. unterzeichnet.